

Bericht

des Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Berger und Dr. Schöppl (Nr. 258 der Beilagen) betreffend Pflegelehre

Der Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss hat sich in der Sitzung vom 13. Mai 2020 mit dem Antrag befasst.

Abg. Dr. Schöppl erläutert, dass die Einführung einer Pflegelehre zur Sicherstellung der Pflegeversorgung in Österreich beitrage. Darüber hinaus würde durch die Schaffung dieses neuen Lehrberufes auch die Verantwortung gegenüber jenen interessierten Jugendlichen wahrgenommen, die nach Abschluss der Pflichtschulzeit im Pflegebereich eine Ausbildung beginnen wollten. Derzeit könne die Ausbildung für einen Pflegeberuf frühestens ab dem 17. Lebensjahr angefangen werden. Für jüngere Menschen, die gerne in der Pflege ausgebildet werden würden, bedeute dies, dass sie nach Abschluss der Pflichtschulzeit bis zum Beginn der Ausbildung zumindest zwei Jahre zu überbrücken hätten. Dies sei zum einen für die betroffenen Jugendlichen eine Enttäuschung. Zum anderen führe die lange Wartezeit natürlich dazu, dass sich die Betroffenen zwischenzeitig andere Betätigungsfelder suchten und bei diesen dann vielfach auch blieben. Dadurch gingen der Pflege eine Reihe potenziell geeigneter und interessierter Auszubildender verloren. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Pflegeberufe derzeit als Um- und Quereinsteigerberufe sehr beworben, eine Ausbildung sozusagen von der Pike auf, aber nicht angeboten würde. Man solle jungen Menschen, die für diesen Beruf geeignet seien und diese Ausbildung absolvieren wollten, die Chance geben, diesen Wunsch auch zu verwirklichen. Dabei würden wahrscheinlich einige dann auch merken, dass dieses Berufsfeld doch nicht das Richtige für sie sei. Auch in der Schweiz, wo es diese Art der Lehre schon seit längerem gebe, gebe es nicht unerhebliche Abbrecherzahlen. Hier sei es jedoch wie bei jeder Berufsausbildung. Je früher jemand erkenne, dass der angestrebte Beruf doch nicht das Richtige für sie oder ihn sei, desto besser. Immer wieder höre man auch das Argument, Fünfzehnjährigen sei die Konfrontation mit Krankheit und Tod nicht zumutbar. Dieser Zugang führe zu einer Tabuisierung in der Gesellschaft, die er ablehne. Krankheit und Sterben seien Teil des Lebens. Es könnten ja auch die Großeltern von Fünfzehnjährigen erkranken und pflegebedürftig werden. Auch dann könne niemand die Jugendlichen vor der Auseinandersetzung mit diesem Thema schützen. Im Rahmen einer Lehre würden die Auszubildenden nicht sofort mit schwersten Krankheitsfällen konfrontiert. Zudem brauche es eine gute Begleitung und Heranführung im Rahmen der Ausbildung. Unter diesen Voraussetzungen dürfe man Jugendlichen nicht die Möglichkeit verbauen, sich entsprechend ihren Interessen und Begabungen zu betätigen.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betont vorweg, dass Verbesserungen in der Pflege natürlich zu begrüßen seien. In der Ausschusssitzung der Vorwoche habe man sich daher

auch dafür ausgesprochen, die im Programm der Bundesregierung vorgesehene Pflegelehre näher zu konkretisieren. Diese Konkretisierung sei aber vor der Entscheidung über eine Umsetzung zwingend notwendig, da noch viele Fragen offen seien. Es müsse beispielsweise geklärt werden, wer der sog. Lehrherr sein werde, wie die Organisation der Ausbildung konkret aussehe etc. Bevor man mit der Umsetzung beginnen könne, müsse daher zuerst erarbeitet werden, wie diese Lehre im Detail aussehen und ablaufen solle. Die GRÜNEN stünden dem Projekt einer Pflegelehre prinzipiell eher skeptisch gegenüber. Dies habe seinen Grund darin, dass die Psychologie ganz klar aufgezeigt habe, dass sich Jugendliche in der Pubertät in einem hochsensiblen Entwicklungsstadium befänden. Komme es während dieser Zeit zu sehr negativen Erfahrungen oder gar Traumata, steige das Risiko für psychische Erkrankungen enorm an. Die für den Pflegeberuf notwendige psychische Belastbarkeit sei in diesem jungen Alter einfach noch nicht so gegeben. Sogar erfahrene Pflegekräfte im Erwachsenenalter stelle der Beruf oft vor große psychische Herausforderungen, die nur schwer bewältigt werden könnten. Aufgrund der geringeren psychischen Belastbarkeit von Jugendlichen sei man ja auch in den letzten Jahren sehr bestrebt gewesen, die sog. young carers zu schützen und zu entlasten. Zu verweisen sei auch darauf, dass die Abbruchzahlen der Pflegelehre in der Schweiz bei 50 - 60 % lägen. Außerdem stiegen nach Abschluss der Ausbildung etwa 45 % der Absolventinnen und Absolventen wieder aus dem Beruf aus. Diese hohen Zahlen sollten zu denken geben. Darüber hinaus sei es so, dass prognostiziert sei, dass in der Schweiz bis 2030 umgelegt auf die Bevölkerungszahl ein ähnlicher Mangel an Pflegepersonal herrschen werde wie in Österreich. Die Schweiz stehe daher trotz schon länger angebotener Pflegelehre vor genau den gleichen Herausforderungen wie Österreich.

Zweiter Präsident Dr. Huber stellt fest, dass der für die nächsten Jahre prognostizierte Mangel an Pflegepersonal im Wesentlichen drei Gründe habe, nämlich zu erwartende Pensionierungen, fehlender Nachwuchs und das Ansteigen der Zahl der zu pflegenden Personen aufgrund des demographischen Wandels. Das Anliegen des Antrages, Verbesserungen im Pflegebereich herbeizuführen, werde daher von den NEOS grundsätzlich mitgetragen. Zur Frage der Pflegelehre habe man sich mit Expertinnen und Experten aus dem Pflegebereich in Verbindung gesetzt, um deren Sichtweise in Erfahrung zu bringen. Alle von den NEOS Befragten seien der Einführung einer Pflegelehre gegenüber skeptisch bis ablehnend eingestellt. Unter anderem sei darauf hingewiesen worden, dass es im Pflege- und Betreuungsbereich bereits eine ganze Reihe unterschiedlicher Ausbildungsangebote gebe. Betont worden sei auch, dass die Arbeit in der Pflege umfassende und hohe fachliche sowie persönliche Kompetenzen brauche. Er zweifle daran, dass deren Erwerb mit einer Lehre in so jungen Jahren bewerkstelligt werden könne. Trotzdem solle man das Thema Pflegelehre diskutieren, da es keine Denkverbote geben dürfe. Auch er sei, wie Abg. Dr. Schöppl, der Ansicht, dass Krankheit und Tod nicht tabuisiert werden dürften, da sie ja auch in der eigenen Familie vorkämen. In diesem Fall handle es sich jedoch für betroffene Jugendliche üblicherweise um einen begleiteten Prozess, der eng in ein Familienumfeld eingebettet sei. Es sei Klubobfrau Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl darin Recht zu geben, dass die Pubertät ein neurophysiologisch hochsensibles Stadium sei. Wenn man die Schweiz zu Vergleichen heranziehe, müsse man auch klarstellen, dass das Alter bei Beginn der Pflegelehre dort ein höheres sei als in Österreich. Dies liege unter anderem auch an der längeren Dauer der

Pflichtschulausbildung in der Schweiz. Auch die bereits erwähnte hohe drop-out-Rate während der Lehrzeit müsse zu denken geben. Er schließe sich daher der überwiegenden Meinung der von den NEOS kontaktierten Expertinnen und Experten aus dem Pflegebereich an, dass die Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe an mehreren Schnittstellen ansetzen müsse, die Einführung einer Pflegelehre dazu aber als wenig geeigneter Beitrag erscheine. Da noch sehr viele Fragen offen seien und auch die Expertinnen und Experten eine kritische Haltung einnehmen, sei aus Sicht der NEOS daher eine umgehende Umsetzung der Pflegelehre - wie in Punkt 2. des Antrages gefordert - nicht vorstellbar. Es brauche zunächst jedenfalls - wie im Regierungsprogramm formuliert - die konkrete Erarbeitung eines altersspezifischen Curriculums, damit man eine ausreichende Entscheidungsgrundlage habe, ob eine Pflegelehre eingeführt werden solle oder nicht.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi appelliert, das Thema Pflege sehr differenziert zu betrachten. Über die Einführung einer Pflegelehre werde schon recht lange diskutiert. Es handle sich daher nicht um einen Schnellschuss. Sie stehe der Pflegelehre sehr offen gegenüber. Man müsse sich aber natürlich genau überlegen, wie diese gestaltet werden müsse, damit sie auch von Fünfzehnjährigen bewältigt werden könne. Aus diesem Grund habe sie sich auch intensiv mit dem Schweizer Modell beschäftigt. Beim Hinweis auf die dortige drop-out-Rate werde nicht in Betracht gezogen, dass viele Abbrüche darin begründet seien, dass in eine höherqualifizierte Pflegeausbildung gewechselt werde. Lasse man diese Fälle außen vor, ergebe sich eine ähnliche drop-out-Rate wie in anderen Lehrberufen. In der Schweiz habe man sich bei Einführung der Lehre „Fachmann/Fachfrau für Gesundheit“ mit großer Sensibilität der Frage gewidmet, was in einem jungen Alter zumutbar sei. Dies habe in der Ausarbeitung eines sechsseitigen Maßnahmenkatalogs zum Jugendschutz gemündet. Zur kritischen Haltung von Seiten der Standesvertretung der Pflege sei zu sagen, dass es ja gerade viele unterschiedlich abgestufte Ausbildungen und Berufsfelder brauche, da in der Pflege so viele unterschiedliche Aufgaben anfielen. Eine Ausbildung junger interessierter Menschen könne hier ein wichtiger und wertvoller Baustein sein. Die Schweiz habe ein sehr ausgeklügeltes Ausbildungssystem, das unabhängig vom Lehrbetrieb eine umfassende und geschützte Ausbildung sowohl in der Langzeit- als auch in der Akutpflege sicherstelle. Außerdem stünden den jungen Leuten mit dieser Lehre gute Karrieremöglichkeiten offen, da man auf eine hohe Durchlässigkeit zwischen den Berufsgruppen geachtet habe. Nicht umsonst sei die Ausbildung Fachmann/Fachfrau für Gesundheit der zweitbeliebteste Lehrberuf in der Schweiz. Man werde in der Zukunft alle Hände in der Pflege brauchen. Daher müsse man sich die Möglichkeit einer Pflegelehre offenhalten und genau anschauen, wie diese sinnvoll und gut begleitet gestaltet werden könne.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl informiert darüber, dass man sich auf Ebene der Landesgesundheitsreferentinnen und -referenten schon des Öfteren mit dem Gesundheitsministerium zum Thema Pflegelehre ausgetauscht habe. Auch dort werde von Expertenseite eine eher ablehnende Haltung eingenommen. Dies dürfe aber nicht zu grundsätzlichen Denkverboten führen. Man solle sich vielmehr Beispiele anderer Länder anschauen, wo es gut funktioniere. Dies sei eben gerade in der Schweiz der Fall. Es wäre daher auch

besser, nicht von der Pflegelehre, sondern so wie in der Schweiz von einer Berufslehre Gesundheit und Soziales zu sprechen. Diese münde nach zwei Jahren in die Befähigung zur Assistenz für Gesundheit und Soziales. Nach einem weiteren Ausbildungsjahr sei man dann Fachmann/Fachfrau für Gesundheit und Soziales. Dies umfasse dann vor allem die Berufsfelder der Assistenz bei praktischen Ärzten, Zahnärzten oder in Laboren. Erst nach einer mehrjährigen Berufspraxis sei es möglich, weitere Berufsprüfungen zu machen, beispielsweise für Langzeitpflege u. -betreuung. Dies bedeute, dass man auch in der Schweiz mindestens fünf bis sechs Jahre benötige, um beruflich voll in einem Pflegeberuf anzukommen. Es wäre daher sinnvoller, auch in Österreich eine ähnliche Bezeichnung zu finden, anstatt immer von einer Pflegelehre zu sprechen.

Klubvorsitzender Abg. Steidl schließt sich zunächst den Ausführungen von Klubobfrau Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl vollinhaltlich an. Gerade die Schweiz habe gezeigt, dass mit einer Pflegelehre nichts gewonnen sei. Dort stehe man ebenfalls vor einem bedeutenden Mangel an Pflegekräften. Zur Lösung dieses Problems müsse man auf das Prinzip von Angebot und Nachfrage verweisen. Erst wenn entsprechend attraktive Arbeitsplätze angeboten würden, werde sich die Nachfrage nach Ausbildung und Beschäftigung im Pflegebereich entsprechend erhöhen. Nur mit Maßnahmen auf dieser Ebene werde man einen Pflegekräftemangel verhindern können. Das Reservoir an ehemals in der Pflege tätigen Fachkräften sei riesengroß. Diese Personen müsse man mit entsprechenden Angeboten ansprechen. Das Problem auf die Schultern der Jüngsten im Erwerbsleben zu legen, sei falsch und schaffe nur mehr Probleme.

Auf Vorschlag von Abg. Scheinast kommen die Ausschussmitglieder überein, den Antrag punktweise zur Abstimmung zu bringen.

Klubvorsitzender Abg. Steidl weist darauf hin, dass die SPÖ auch Punkt 1. des Antrages ablehnen werde, weil auch dieser auf die Pflegelehre Bezug nehme, indem er auf „im Sinne der Präambel des Antrages“ verweise.

Punkt 1. des Antrages der Abg. Berger und Dr. Schöppl betreffend Pflegelehre wird mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen der SPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Punkt 2. des Antrages der Abg. Berger und Dr. Schöppl betreffend Pflegelehre wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und NEOS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss stellt hinsichtlich des Punktes 1. mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen der SPÖ und hinsichtlich des Punktes 2. mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ, GRÜNEN und NEOS - sohin jeweils mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der Salzburger Landtag spricht sich im Sinne der Präambel für eine Verbesserung der Pflege im Bundesland Salzburg aus.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um im Sinne der Präambel einen Lehrberuf im Bereich „Pflege“ umzusetzen.

Salzburg, am 13. Mai 2020

Die Vorsitzende:
Mag.^a Jöbstl eh.

Der Berichterstatter:
Dr. Schöppl eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 27. Mai 2020:

Der Antrag wurde mit den Stimmen zu Punkt 1. von ÖVP, FPÖ, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen der SPÖ und zu Punkt 2. mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und NEOS - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.